

Staatenlose Diaspora: Das Beispiel der Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Baser, B

Published PDF deposited in Coventry University's Repository

Original citation:

Baser, B 2017, 'Staatenlose Diaspora: Das Beispiel der Kurdinnen und Kurden in Deutschland' *Bundeszentrale für politische Bildung*

<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/256424/kurdische-diaspora>

This paper is licensed under a CC BY-NC-ND 3.0 License

(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>)

Copyright © and Moral Rights are retained by the author(s) and/ or other copyright owners. A copy can be downloaded for personal non-commercial research or study, without prior permission or charge. This item cannot be reproduced or quoted extensively from without first obtaining permission in writing from the copyright holder(s). The content must not be changed in any way or sold commercially in any format or medium without the formal permission of the copyright holders.



Staatenlose Diaspora – Das Beispiel der Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Zur Person
Bahar Baser

Bahar Baser

17.10.2017

Dr. Bahar Baser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Trust, Peace and Social Relations (CTPSR) an der Coventry University, Vereinigtes Königreich. Außerdem ist sie assoziierte wissenschaftliche Mitarbeiterin am Security Institute for Governance and Leadership in Africa (SIGLA) an der Stellenbosch University, Südafrika.

Kurden stellen eine der größten staatenlosen Diaspora der Welt dar. Was wissen wir über die kurdische Diaspora in Deutschland? Kann von einer kurdischen Gemeinschaft innerhalb Deutschlands und international gesprochen werden? Welche Auswirkungen hat das politische Engagement der kurdischen Diaspora auf Deutschland und die Türkei?

Die kurdische Diaspora in Europa und in Deutschland

Es gibt keine aktuellen oder verlässlichen Daten über den Umfang der kurdischen Bevölkerung in Europa. Laut den am weitesten verbreiteten Schätzungen leben in Europa heute etwa eineinhalb Millionen Kurdinnen und Kurden. Diese Zahl wird häufig auch **auf Internetseiten** von Organisationen der kurdischen Diaspora erwähnt. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahl aufgrund der Konflikte und politischen Unruhen **im Irak, in Syrien und der Türkei** durch neue Migrationsbewegungen von Kurdinnen und Kurden aus dem **Mittleren Osten** zunimmt. Darüber hinaus erhöht sich die Zahl kurdischstämmiger Bürgerinnen und Bürger sowohl in **Deutschland** als auch in anderen Ländern durch Geburten in der kurdischstämmigen Bevölkerung. Die Unzuverlässigkeit der Statistiken resultiert aus einer Reihe von Faktoren. Erstens besaßen viele Kurdinnen und Kurden die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes (meist Irak, Türkei, Syrien und Iran), sodass sie in den amtlichen Statistiken nicht als Kurden registriert wurden. Zweitens gibt es in Europa nach wie vor viele kurdische Migranten, die **"undokumentiert"** und somit nicht in Statistiken erfasst sind. Drittens wurden in einigen europäischen Staaten Zensusangaben erhoben, die die Zahl der Kurdinnen und Kurden mithilfe der Auswahlmöglichkeit "Kurdisch als Muttersprache" ermittelten. In diesen Statistiken fehlen jedoch Kurdischstämmige, die sich assimiliert haben und die kurdische Sprache nicht mehr beherrschen.

Kurdinnen und Kurden sind heutzutage eine sichtbare Gemeinschaft in Europa und darüber hinaus. Sie stellen die größte staatenlose **Diaspora** der Welt dar. Wie andere Staatenlose auch, z.B. **Palästinenser** und **Tamilen**, nutzen sie den transnationalen Raum, um weltweite **Netzwerke** von Interessengruppen zu etablieren und Widerstand gegen die Unterdrückung in den jeweiligen Herkunftsländern zu mobilisieren.

Im Zuge von u.a. konfliktbedingter Migration, Arbeitsmigration und Familienzusammenführungen kamen seit den 1950er Jahren viele Kurdinnen und Kurden nach Deutschland. Während die ersten Migrationsbewegungen vorwiegend durch Arbeitswanderungen gekennzeichnet waren, zeigt meine Feldforschung, dass die kurdischen Migrationen der letzten 30 Jahre auf Konflikte zurückzuführen sind: Bürgerkriege, Überfälle mit genozidaler Absicht und politische Verfolgung in den jeweiligen Herkunftsländern. Die militärische Intervention 1971 und der Staatsstreich 1980 in der Türkei, Zusammenstöße der türkischen Armee und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) oder die anti-kurdische Al-Anfal-Kampagne unter Saddam Husseins Regime im Irak sind nur ein paar Beispiele, die die Ursachen der Flucht von Kurdinnen und Kurden veranschaulichen.

Kurden wurden zu einer der weltweit aktivsten und sichtbarsten Diasporagruppen, weil sie transnationale Netzwerke bildeten. Diese ermöglichten es ihnen, starke Verbindungen in ihre Herkunftsländer aufrechtzuerhalten. Solche Verbindungen zu bewahren bedeutet nicht, sich einer **Integration** im Aufnahmeland zu verweigern. Im Gegenteil: Einige Kurdischstämmige wurden in Politik und Gesellschaft der Zielländer äußerst aktiv. Ihre transnationalen Beziehungen trieben ihre Integrationsbestrebungen sogar voran. Andere Kurdinnen und Kurden hingegen verfügen nur über geringe Kontakte in die deutsche Gesellschaft hinein und wählten einen eher konservativen Lebensstil; ihre kurdische Identität zu bewahren, hatte für sie höchste Priorität.

Aktivismus der kurdischen Diaspora

Folge der kurdischen Migration war die Gründung ethnischer Organisationen in Europa. Die ersten kurdischen Organisationen wurden von Studierenden sowie Arbeiterinnen und Arbeitern gegründet. Im Zuge der Eskalation der Konflikte zwischen der Türkei sowie Irak und ihren jeweiligen kurdischen Bevölkerungen erhielten die Organisationen ab den späten 1980er Jahren einen politischen Anstrich. Die kurdische Diaspora nutzte eine Reihe von Methoden, um einerseits ihre Anhänger zu versammeln und sich andererseits sowohl im jeweiligen Aufnahmeland als auch in ganz Europa Gehör zu verschaffen.

Zu derlei Aktivitäten gehörten Petitionen und Kampagnen, gewalttätige und gewaltlose Massendemonstrationen und Proteste, Sitz- und Autobahnblockaden, Hungerstreiks und Selbstverbrennungen. Seit den 1980er Jahren finden fast monatlich pro-kurdische Demonstrationen in europäischen Metropolen statt. Alljährlich gibt es **weltweit hunderte Protestveranstaltungen**. Die

Kurdinnen und Kurden aus der Türkei sind am besten organisiert und am aktivsten. Sie sind bemüht, auch politischen Einfluss auf die europäischen Regierungen auszuüben.

In Europa ist Deutschland das Land mit dem höchsten Bevölkerungsanteil an Kurdischstämmigen. Ferner gibt es eine beträchtliche Anzahl an Kurdinnen und Kurden in **Frankreich**, **Schweden**, **Österreich**, Belgien und den **Niederlanden**. Meine Interviewpartner verschiedener kurdischer Organisationen in Köln, Berlin, Hamburg und Bremen erklärten, in Deutschland würde die kurdische Bevölkerung fast eine Million Menschen umfassen. Nicht alle Kurdinnen und Kurden würden jedoch ihre ethnische Identität betonen wollen oder sich politisch mobilisieren lassen. Deutschland ist zu einem bedeutenden Schauplatz für die kurdische Bewegung geworden. Erstens nahm es eine große Anzahl kurdischer "**Gastarbeiter**" aus der Türkei auf. Zweitens eröffnete Deutschland den treibenden Kräften der kurdischen Diaspora Mobilisierungs- und Handlungsspielräume. Beispielsweise gehörten die Rede-, die Versammlungs- und die Pressefreiheit zu den Rechten, die ihnen in der Türkei vorenthalten wurden. Zudem hatte Deutschland aufgrund seiner Rolle in der **Europäischen Union** und wegen der türkisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen enormen Einfluss auf die Türkei. Deutschland dahingehend zu beeinflussen, dass es die Türkei zu einem Kompromiss in der **kurdischen Frage** bewegt, wurde daher in kurdischen Kreisen als ideal angesehen. Deshalb wurde Deutschland zu einem Knotenpunkt in Europa für kurdischen politischen Aktivismus im Exil. Dies verursachte in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Spannungen; zunächst in den türkisch-kurdischen Beziehungen in der Diaspora, dann im Zuge der türkischen Bemühungen, kurdischen Aktivismus im Ausland einzudämmen, und zuletzt in den türkisch-deutschen Beziehungen.

Beziehungen zur türkischen Diaspora

In einer globalisierten Welt ist es schwer vorstellbar, dass Konflikte an nationalen Grenzen Halt machen. Zahlreiche Konflikte weiteten sich wegen Interventionen anderer Staaten bzw. militärischer Bündnisse, wegen Fluchtbewegungen oder wegen internationaler (un)bewaffneter Interventionen zur Beendigung von Kriegen auf transnationaler Ebene aus. Auch der **türkisch-kurdische Konflikt** ging auf die Nachbarländer über. Die Konflikte im Herkunftsland hatten Folgen für die Diasporagruppen in den jeweiligen Zielländern.

Die Mobilisierung vonseiten politischer Bewegungen wie der Sozialistischen Partei Kurdistans (PSK) und dann vor allem der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verursachte Machtkämpfe mit anderen Diasporagruppen aus der Türkei mit nationalistischen Tendenzen. Kurdinnen und Kurden in der Diaspora wollen, die kurdische Identität im transnationalen Raum wiederbeleben, nachdem sie in der Türkei unterdrückt und zur Assimilation gezwungen wurden. Die Freiräume der Diaspora wurden als Gelegenheit genutzt, die kurdische Kultur und Sprache wieder aufleben zu lassen. In der Türkei waren beide gefährdet. Im Exil zu leben, gab den Kurdischstämmigen außerdem die Möglichkeit, sich politisch zu mobilisieren und eine Agenda zur Befreiung der Kurdinnen und Kurden vor der Unterdrückung in verschiedenen Teilen ihres Heimatlandes Kurdistan zu beschließen. Sie versuchten, europäische Regierungen und Politiker dahingehend zu beeinflussen, die Türkei zu drängen, die Rechte der Kurden und ihre ethnische Identität anzuerkennen. Türkische Gruppierungen in der Diaspora sahen darin eine Gefahr: Kurdinnen und Kurden würden Aktivitäten betreiben, die die territoriale Integrität und die nationale Sicherheit der Türkei bedrohten.

Insbesondere in den 1990er Jahren wurden deutsche Städte zu Schauplätzen von Auseinandersetzungen zwischen türkischen und kurdischen Gruppen. Sie waren von Misstrauen, Distanz, Segregation und Gleichgültigkeit geprägt. In einigen Fällen blieb es bei einem mündlichen Schlagabtausch. In anderen Fällen schlugen die Auseinandersetzungen in Gewalt um und mündeten in Bandenkriege, Straßenkämpfe und Lynchversuche. Jede Machtdemonstration der einen provozierte eine Machtdemonstration der anderen Gruppe. Selbst Fußballspiele bargen Konfliktpotenzial. Nationale Symbole wie die türkische Flagge, die PKK-Flagge, Poster von **Abdullah Öcalan** oder von türkischen Parteichefs lösten gewaltsame Auseinandersetzungen auf Deutschlands Straßen aus.

Deutsche Politiker sprachen diese Themen in parlamentarischen Debatten an. Sie ersuchten die türkischen und kurdischen Gemeinschaften, ihre aus der Situation im Herkunftsland resultierten Konflikte nicht in Deutschland auszutragen. Manche drohten den Mitgliedern der kurdischen und türkischen Gemeinden gar mit Abschiebung. Dabei ließen sie eine Tatsache außer Betracht: Dies war nicht nur ein Streit um Staatlichkeit. Der türkisch-kurdische Konflikt handelte von Identität und der Hegemonie der einen über die andere Gruppe. Als die wahrgenommene Mehrheitsgruppe versuchte, in Deutschland dieselbe Hegemonie über die wahrgenommene Minderheitengruppe herzustellen wie in der Türkei, musste dies Konflikte schüren. Aus Sicht mancher Kurdinnen und Kurden wurde die Nicht-Anerkennung ihrer ethnischen Identität außerhalb der Türkei fortgeführt. Das empfanden sie als ungerecht. Aus Sicht mancher Türkinen und Türken kollaborierte der deutsche Staat mit den Kurdischstämmigen und bereitete das Ende der Türkei vor, wie wir sie heute kennen. Der deutsche Staat und die kurdische Bevölkerung wurden bezichtigt, die Türkei gemeinsam spalten zu wollen. Dies verursachte fortlaufend Misstrauen und Spannungen, da beide Gruppen einander als Feinde ansahen. Die Herausforderungen der Integration trugen für beide Gemeinschaften nicht dazu bei, die Spannungen untereinander zu vermindern.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass diese Auseinandersetzungen häufig zwischen Gruppen stattfanden, die stark politisch mobilisiert waren, so auch PKK-nahe Gruppierungen oder die "**Grauen Wölfe**" – eine ultra-nationalistische Gruppe, die mit einer nationalistischen Partei in der Türkei verbunden ist. Bei den nicht-mobilisierten Diaspora-Mitgliedern in Deutschland sorgte der innertürkische Konflikt für Spannungen, doch wurden normale Beziehungen im Alltag zwischen Mitgliedern beider Gruppen fortgeführt – wenn auch mit Vorbehalten. Viele Türken und Kurden waren gemeinsam geschäftlich tätig und setzten ihre Wirtschaftsbeziehungen fort. Eheschließungen über die ethnischen Grenzen hinweg waren im deutschen Kontext an der Tagesordnung. Gemeinsamkeiten wie Religion, Sprache, dieselbe Nachbarschaft, das Immigrantendasein sowie die Akzeptanz der Türkei als "**memleket**" (Heimat)[1] verbinden nach wie vor die türkisch-kurdische Gruppe. Dies trifft vor allem auf die Einwanderer der ersten Generation zu. Allerdings bleibt abzuwarten, ob diese Verbindung bei zukünftigen Generationen anhalten wird, wenn sie sich nicht auf diese Gemeinsamkeiten besinnen können. Die Zukunft der Türkei und der kurdischen Frage wird entscheiden, wie sich die Beziehungen in der Diaspora ausgestalten.

Die Beziehungen der kurdischen Diaspora mit der Türkei und die deutsch-türkischen Beziehungen

Der politische Aktivismus der kurdischen Diaspora zog die Aufmerksamkeit der politischen Akteure im Herkunftsland auf sich. Die Türkei begann auf diplomatischem Wege, die kurdische Bewegung zu kriminalisieren. Deutschland wurde wiederholt vorgeworfen, **"Terroristen" zu beherbergen**, die der Türkei seit den 1980er Jahren schaden wollten. Diese Rhetorik führte zu diplomatischen Spannungen. Phasenweise beeinflusste die Türkei Deutschland mit dem Hinweis auf terroristische Aktivitäten oder die Gefährdung der deutschen nationalen Sicherheit erfolgreich dahingehend, kurdische Organisationen oder Diasporaaktivitäten zu verbieten. Zudem ersuchte die Türkei Deutschland darum, kurdische Aktivisten abzuschieben, was Debatten zwischen politischen Parteien in Deutschland und Diskussionen um ihre Positionierung zur Kurdenfrage auslöste.

Angesichts der sensiblen kurdischen Frage steckte Deutschland stets in der Zwickmühle. Einerseits würde es seine Beziehungen zur Türkei belasten, wenn es die Kurdinnen und Kurden in ihrem Streben nach ethnischer Anerkennung und Autonomie unterstützen und die Türkei zu Reformen in diesem Bereich drängen würde. Andererseits würde Deutschland zu Menschenrechtsverletzungen beitragen und die ethnische Identität von einer Million Menschen untergraben, die gegenwärtig auf deutschem Boden leben, wenn es gänzlich die Türkei unterstützen würde. Deutschland vollführte jahrzehntelang einen politischen Balanceakt in dem Bemühen, diesen Konflikt zu lösen. Dabei konnte es keine Seite zufriedenstellen. Meine Forschung zur kurdischen Diaspora hat ergeben, dass sich Kurdinnen und Kurden in Deutschland kriminalisiert und nicht unterstützt fühlen. Dagegen behaupteten meine türkischen Interviewpartner, Deutschland würde die PKK in jeder Hinsicht unterstützen und eine versteckte Agenda in der Türkei verfolgen.

Aktuell haben die deutsch-türkischen Beziehungen einen Rückschlag zu verkraften. Diplomatische Spannungen auf höchster Ebene wurden insbesondere dadurch verursacht, dass in Deutschland die transnationalen Propagandakampagnen der türkischen Regierungspartei **AKP** im Rahmen des Referendums im April 2017 verboten wurden. Das Referendum zielte darauf ab, das türkische Regierungssystem vom **Parlamentarismus** auf ein **präsidiales System** umzustellen. Seit der **türkisch-kurdische Friedensprozess** zwischen der türkischen Regierung und der PKK im Jahr 2015 **scheiterte** – ein Prozess, den die kurdische Diaspora nicht behindert, sondern unterstützt hatte – kommt es in deutschen Großstädten wieder regelmäßig zu großen kurdischen Protesten gegen die Regierung der Türkei. Geschürt werden diese Massenproteste durch Ereignisse wie die Belagerung von Kobane oder den Ausnahmezustand im Südosten der Türkei. Diaspora-Kurden in Deutschland bestreiten weiterhin die Hoheitsgewalt der Türkei. Gleichwohl sind die Spannungen zwischen Deutschland und der Türkei nicht gleichbedeutend mit deutscher Unterstützung für die kurdische Bewegung. Erneute Gewalt zwischen türkischen Regierungskräften und der PKK wird sich auf die Dynamiken der kurdisch-türkischen und kurdisch-deutschen Beziehungen in der Diaspora auswirken.

Aus dem Englischen übersetzt von Anna Flack, Redaktion focus Migration.

Zum Thema

Der regionale Aufstieg der Kurden: Wie reagiert die Türkei?

Der Nahe Osten vor einem "Kurdischen Frühling"?

Die Kurdenfrage in der Türkei und der Krieg in Syrien

Türkeistämmige in Deutschland. Heimatlos oder überall zuhause?

Fußnoten

1. Demir, I., 2012. Battling with memleket in London: the Kurdish diaspora's engagement with Turkey. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 38(5), pp.815-831.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-nd/3.0/
Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/
Autor: Bahar Baser für bpb.de
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.